

Lunacek: Österreich darf bei umstrittenem türkischen Ilisu-Staudammprojekt nicht vordringen

Utl.: Grüne fordern Einklang mit Sozial- und Umweltstandards sowie
deutschen und Schweizer Exportagenturen =

Wien (OTS) - "Bereits morgen Donnerstag soll der Beirat für
Ausfuhrförderung entscheiden, ob eine staatliche Garantie für das
umstrittene türkische Ilisu-Projekt vergeben wird," kritisiert Ulrike
Lunacek, außenpolitische Sprecherin der Grünen, denn "bis dahin
werden wichtige Fragen nicht geklärt sein. Etwa die Frage, wohin die
betroffenen Menschen im Staudamm-Gebiet umgesiedelt werden, oder die
möglichen Wasserkonflikte mit den Anrainerstaaten Syrien und Irak."

Die Exportkreditagenturen Deutschlands und der Schweiz wollen vor
ihrer Entscheidung noch einen einwöchigen Workshop in der Türkei
Anfang Oktober abwarten. Auch der österreichische Finanzminister
sollte sich die Argumente der zahlreichen KraftwerksgegnerInnen
zuerst genau anhören, bevor im Beirat
die Entscheidung fällt, fordert Lunacek. "Die Entscheidung des
Beirates sollte vertagt werden. Und Finanzminister Grassler, der die
Entscheidung für oder gegen die Erteilung einer Staatsgarantie
letztendlich fällen und verantworten wird, darf einer Garantievergabe
erst zustimmen, wenn wirklich alle strittigen Punkte geklärt sind",
fordert Lunacek.

Rückfragehinweis:

Die Grünen, Tel +43-1-40110-6707, presse@gruene.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0208 2006-09-27/13:24

271324 Sep 06

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060927_OTS0208